

Mrosek: 265.930 Straftaten mit Tatverdächtigen ohne Aufenthaltstitel allein im Jahr 2018

++ Pressemitteilung ++

6.9.2019

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Andreas Mrosek hat in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung die Zahl der Straftaten von Personen mit dem Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Duldung“ oder „unerlaubter Aufenthalt“ (Ausländer ohne Aufenthaltstitel) in Deutschland erfragt. Das Ergebnis der Anfrage kommentiert Mrosek wie folgt:

„Insgesamt wurden 265.930 Straftaten registriert, bei denen Asylbewerber, Geduldete oder Personen, die sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, als Tatverdächtige ermittelt wurden. Davon 98-mal Mord, 261-mal Totschlag, 1082-mal Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung/Übergriffe, inklusive 153 Versuche, diese Straftaten auszuführen, 3477-mal räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer sowie 16.929-mal gefährliche und schwere Körperverletzung.

Ausländerrechtliche Verstöße, wie etwa illegale Einreise, sind dabei noch nicht mal berücksichtigt. Die meisten Tatverdächtigen stammten aus Syrien (25.328), Afghanistan (16.687) und dem Irak (10.225).

Die betreffende Gruppe umfasste laut Ausländerzentralregister zur gleichen Zeit rund 830.000 Menschen, also etwa 1 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Bei Mord und Totschlag ist die gleiche Gruppe jedoch mit einem Anteil von fast 15 Prozent vertreten. Bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sind es 11 Prozent, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung mehr als 12 Prozent.

Diese Ausländergruppe ohne Aufenthaltstitel ist bei der Gewaltkriminalität somit massiv, um ein Vielfaches überrepräsentiert.

Es ist allerhöchste Zeit, straffällige ausländische Täter sofort abzuschicken! Sollte eine Abschiebung aufgrund fehlender Identität oder Falschangaben nicht unmittelbar möglich sein, muss Abschiebhaft angeordnet werden, bis dem Täter einfällt, woher er wirklich kommt.

265.930 Straftaten pro Jahr ergeben ca. 728 Straftaten pro Tag. Diese Straftaten sind importiert, somit vermeidbar und sie belasten die Gerichte zusätzlich. Hinzu kommen teure Dolmetscher und Gutachter. Schluss damit!“

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressesprecher

der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Tel.: 030 22757225

